



Stellungnahme zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes für Memmingen

Der Bund Naturschutz Ortsgruppe Memmingen begrüßt den Ansatz, die Bevölkerung bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes einzubinden. Wir verbinden das mit der großen Hoffnung, dass so tatsächlich auf die künftigen ökologischen Belange der Memminger eingegangen werden kann.

Als Naturschutzverband gehen wir in der Folge nur auf Verkehrs- und Umweltaspekte ein.

Mobilität

Das Ziel bei der kommunalen Straßenverkehrsplanung Memmingens sollte in Zukunft eine Abkehr vom „möglichst schnell fließenden motorisierten Individualverkehr“ sein, dem bislang die Belange aller anderen Interessengruppen (Anwohner, Fahrradfahrer, Fußgänger, ...) untergeordnet werden.

Der BUND Naturschutz fordert eine kommunale Strategie mit dem Ziel vorrangig eben jenen motorisierten Individual-Verkehr wo möglich zu vermeiden und den unvermeidbaren motorisierten Verkehr so zu verlangsamen, dass andere Verkehrsträger ebenso konkurrenzfähig werden und so eine größere Bedeutung als bisher erlangen.

Ein gutes Verkehrskonzept kann die Lebensqualität in unserer Stadt verbessern. Es

- schont Luft, Biodiversität, Flächen und das Klima.
- verringert die Feinstaubemissionen (Abrieb von Bremsen und Reifen)
- reduziert die Lärmbelastung
- mehr Stadtgrün entschleunigt den Verkehr und sorgt so für mehr Verkehrssicherheit

Dazu muss in einer Verkehrs-Zukunftsplanung für Memmingen Folgendes passieren:

- der Straßenraum ist neu aufteilen mit erkennbarem Vorrang für den Rad- und Fußverkehr (z.B. Fahrradstraßen und mehr Fußgängerzonen) sowie den

ÖPNV (ÖPNV-Konzept mit guter Anbindung an große Arbeitgeber und gutem Marketing)

- integrierte Verkehrsentwicklungspläne sind zu erstellen, die sowohl den Rad- als auch den Fußverkehr enthalten und mit dem ÖPNV verknüpfen,
- das Parkplatzangebot für den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt muss stark verringert werden
- privilegiertes Parken für E-Mobile, Car-Sharing, Taxis und Behindertenfahrzeuge
- Generell Tempo 30 innerorts einführen (durch die allgemein reduzierte Geschwindigkeit kann überflüssiger Straßenraum gesellschaftsdienlicher umgenutzt werden)
- Entsiegelung von in der Vergangenheit zu großflächig dimensionierten Straßenzügen (z.B. Münchner Straße, Römer Siedlung, etc.)
- Bereiche für schwächere Verkehrsteilnehmer deutlich farblich kennzeichnen
- Fahrradwegenetz mit Vorrang vor PKW (Wegeföhrung, Einbahnregelungen, Ampelschaltungen, etc.)
- Fuß- und Radwegenetze auf ihre Geschlossenheit (durchgängige Nord/ Süd-Achse, etc.) Fahrradwege hin überprüfen, Gefahrenpunkte entschärfen
- große Arbeitgeber (Magnet Schultz, Dachser, Goldhofer, Kolb, Berger, Rohde und Schwarz, etc.) gezielt mit guten Fahrradschnellwegen „anschießen“
- Stadtbuslinienvergabe zwingend an emissionsfreie Betriebsformen knüpfen. (Elektro oder Wasserstoff), dann stellt ein Haltepunkt auch keine Beeinträchtigung der Wohnqualität für die Anwohnerschaft mehr dar
- die kommunale Raumplanung auf "autofreies zumindest aber autoreduziertes Wohnen" und "kurze Wege" ausrichten, d.h. Wohnen und Gewerbe in der Stadt vereinen.
- Parkflächen bei Bauprojekten in der Innenstadt zwingend auf dem Grundstück des Bauwerbers.
- Mehr TG-Parkflächen für Innenstadtbewohner, um innerstädtisches Wohnen attraktiver zu machen (ohne zwingend auf ein Auto verzichten zu müssen)
- Kostenpflichtiges Anwohnerparken auf öffentlichem Grund (Parkplatz = Inanspruchnahme eines öffentlichen Gutes für private Zwecke = gebührenpflichtig (München geht diesen sinnvollen Schritt. Die SZ berichtet darüber: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/verkehr-anwohnerparken-scheuer-warnt-vor-ueberzogener-verteuerung-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200208-99-825378>)

Energie und Klimaschutz

Kluger Klimaschutz ist für Kommunen nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine große Chance. Mittel- und langfristig können finanzielle Entlastungen (z.B. bei den Energiekosten oder/ und Instandhaltungskosten (LED)) entstehen, die regionale Wertschöpfung gesteigert und die Lebensqualität erhöht werden. Ideen und Potenzial, um Klimaschutz auf kommunaler Ebene umzusetzen, gibt es genug – sei es bei der Energieversorgung, beim Flächensparen oder im Verkehrsbereich.

Dazu muss in einer Energie- und Klimaschutz-Zukunftsplanung für Memmingen Folgendes passieren:

- einen unabhängigen Klimabeirat einberufen, der bei jeder kommunalen Entscheidung im Vorhinein die Auswirkungen auf Klima und Natur prüft (auch bei Straßenbau, etc.)
- ein integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK) muss erstellt werden
- die Gemeinwohlbilanzierung als Leitlinie für das Wirtschaften und das Bemessen des Wohlstandes der Kommune einführen
- die energetische Sanierung vorantreiben und damit den Energieverbrauch in den öffentlichen Gebäuden senken => anspruchsvollere Mindest-Standards bei öffentlichen Gebäuden in Memmingen definieren! Die Stadt Kempten ist da schon einen Schritt weiter (ein 8 Jahre altes Beispiel: https://www.all-in.de/kempten/c-lokales/sozialbau-kempten-feiert-richtfest-von-passivhaus_a1127145)
- Erschließung aller kommunalen Dachflächen für PV-Nutzung mit Bürgerbeteiligung (um die Energiewende in Bürgerhand zu ermöglichen)
- Anpassung der Altstadt-Gestaltungssatzung an die Bedürfnisse der Zukunft im Klimawandel. Ermöglichung von PV-Anlagen in der Innenstadt (Vorrang des Klimaschutzes vor der über allem stehenden „Bewahrung des historischen Stadtbildes“ => hier gilt es zwei Interessen abzuwägen. Die aktuelle Situation ist allerdings nach unserer Überzeugung nicht zukunftsgerichtet)
- neue Baugenehmigungen (incl. Dachausbau etc.) nur noch zwingend mit Errichtung einer PV-Anlage verbinden. Festgeschrieben wird dies im Bebauungsplan als sog. „Photovoltaik-Pflicht“ (Wien macht dies vor <https://www.photovoltaikeu/dach-fassade/wien-macht-photovoltaik-zur-pflicht> und einige erfolgreiche Kommunen in unserem Nachbarbundesland seit Jahren auch <https://www.pv-magazine.de/2019/12/06/neuer-rueckenwind-fuer-landesweite-photovoltaik-pflicht-bei-neubauten-in-baden-wuerttemberg>)

Förderung der Artenvielfalt in Memmingen

Die politische Forderung liegt auf dem Tisch. Nach dem „Rettet die Bienen“-Volksbegehren sind nun nach entsprechender gesetzlicher Umsetzung durch die Staatsregierung auch die Kommunen in der Pflicht ihren Beitrag zu leisten. Der BUND Naturschutz fordert dies seit Langem und wünscht sich für Memmingen neue Impulse:

Dazu muss in einer Artenvielfalt-Zukunftsplanung für Memmingen Folgendes passieren:

- Neuanpflanzung von Großbäumen in der Innenstadt (sie kühlen an heißen Sommertagen, sorgen ab einem gewissen Alter für eine hohe Artenvielfalt und müssen heute gepflanzt werden, um in 20 oder 30 Jahren tatsächlich diese Vorteile zu erbringen)
- Berücksichtigung von genügend Flächen für entsprechende Großbäume bei der Sparten- und Verkehrsflächenplanung durch die Stadt Memmingen
- Ambitionierter Schutz des bestehenden Baumbestandes u.a. öffentlichen Baumbestand vor mechanischen Schäden durch Parkmanöver und Salzsäuren etc. schützen
- Die Baumschutzverordnung muss konsequent umgesetzt, kontrolliert und Verstöße mit empfindlichen Bußgeldern belegt werden.

- Kommunale Flächen zu Lehr- und Lernpfaden weiterentwickeln.
- Fließgewässer natürlich erhalten und / oder renaturieren, z.B. die Memminger Ach zwischen Amendingen und Steinheim
- Entsiegelung weiterer Teile des Memminger Stadtbachsystems.
- Anlage und Weiterentwicklung von Grünachsen z.B. in Zusammenhang mit der Neuanlage von Fahrradwegen in die Ortsteile (Allee nach Eisenburg)
- Verpflichtende und kontrollierte Garten-Gestaltungssatzungen in Neubaugebieten zur Steigerung der Artenvielfalt. Den Handlungsdruck haben viele deutsche Kommunen bereits aufgegriffen, zahlreiche Beispiele mit interessanten Umsetzungsmöglichkeiten finden sich unter <https://rettet-den-vorgarten.de/fuer-kommunen/>
- Zwingende Dachbegrünung bei Flachdachkonstruktionen
- Vorgaben zur Fassadenbegrünung in der Innenstadt und an öffentlichen Gebäuden.

Flächen sparen

Im Jahr 2018 wurden in Bayern pro Tag zehn Hektar Natur und Kulturlandschaft in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Das entspricht etwa 14 Fußballfeldern. Die Bayerische Staatsregierung setzt beim Flächenschutz weiterhin auf Freiwilligkeit. Da die bayerischen Gemeinden über ca. 80 Prozent des Flächenverbrauchs entscheiden, liegt die Verantwortung hauptsächlich in kommunaler Hand.

Der rasante Flächenverbrauch vor Ort stellt eine reale Bedrohung für die Natur- und Artenvielfalt in Memmingen dar. Es steht mittlerweile außer Zweifel, dass in Zeiten des Klimawandels versiegelte Flächen große Nachteile für die Bevölkerung mit sich bringen. Offene Böden, Senken, Bäume und Pflanzen sind wichtige Kohlendioxid-Speicher, kühlen das Stadtklima und versickern Wasser bei Starkregenereignissen. Das Ziel der Bayerischen Staatsregierung, die Versiegelung der Flächen auf unter fünf Hektar pro Tag zu senken, liegt in weiter Ferne.

Die Gemeinden sind die Hauptverursacher des Flächenverbrauches, denn vor Ort werden Wohnraum und Infrastruktur benötigt. Dort werden jedoch unter Ausübung der „Gemeindlichen Planungshoheit“ auch Gewerbegebiete mit großen Parkflächen ausgewiesen, Ortsverbindungsstraßen gebaut und Supermärkte mit riesigen Parkplätzen auf der grünen Wiese zugelassen (Edeka Buxheim).

Dazu muss in einer Flächenspar-Zukunftsplanung für Memmingen Folgendes passieren:

- Bevölkerungsentwicklung prüfen und die Bedarfe für die nächsten Jahre ermitteln,
- Innenentwicklungspotentiale ermitteln: leere Baugrundstücke, leerstehende Hofstellen, kommunaler Leerstandskataster,
- Nachverdichtung (Förderung des Ausbaus von ungenutzten Obergeschoßen und Dächern, Recycling ungenutzter Gewerbehallen, Umnutzung von Leerstandsgebäuden, etc.)
- Entsiegelungsprämien

- Verbot des Baus versiegelter ebenerdiger Parkflächen in Gewerbegebieten (siehe Rohde & Schwarz, Pfeiffer Seilhebetchnik, in jüngster Vergangenheit)
- Neubau von Parkhäusern bei großen Arbeitgebern verpflichtend (Bsp. Dacher-Mitarbeiterparkhaus)
- Gewerbeflächenbedarf prüfen mit Hilfe der Datenbank sisby.de
- Herunterbrechen des 5 Hektar-Zieles auf die Gemeinde und verbindliche Orientierung bei Stadtentwicklungsprozessen und Genehmigungsverfahren.
- Verzicht auf ständige Erweiterung des Gewerbegebietes Nord zwischen Amendingen und Steinheim.
- Ziel: Verleihung des Gütesiegels "flächenbewusste Kommune" durch das Bayerische Umweltministerium
<http://www.stmelf.bayern.de/landentwicklung/aemter/oberbayern/232039/index.php>

Wir freuen uns auf eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung unserer Stadt und hoffen sehr, dass im Rahmen der anstehenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes ökologische Überlegungen eine noch größere Bedeutung als in der Vergangenheit erlangen dürfen.

Die Zeichen der Zeit lassen nach unserer Überzeugung hier wenig Interpretationsspielräume zu. Eine Neuausrichtung der Flächennutzungsplanung an Fragen der Nachhaltigkeit in Hinblick aufkommende Generationen erscheint uns unausweichlich.

Für Rückfragen und einen inhaltlichen Diskurs stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Florian Frey

Vorstand der BUND Naturschutz Ortsgruppe Memmingen